



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XVI/116 - 26. Mai 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Wie geknackt</u> Dortmunder SPD-Mittelstandstagung macht CDU/CSU nervös	40
2	<u>Zeitenwende am Genfer See</u> Von unserem nach Trien entsandten Korrespondenten aus Paris, Georg Scheuer	41
3	<u>Vor Tisch las man's andere</u> Innenminister Schröder und die Rundfunkräte	36
4 - 5	<u>Spekulation mit Besatzforderungen</u> Streikausbruch in letzter Minute vermieden Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	68
6	<u>Brutstätte des Antisemitismus</u> Zur Aufhebung des Ludendorff-Bundes	56
7	<u>Buchbesprechung:</u> <u>Hellmut Kalbitzer: Entwicklungsländer und Weltmächte</u>	36

* * *

Wie gehabt

Dortmunder SPD-Mittelstandstagung macht CDU/CSU nervös

sp- Seit Donnerstag dieser Woche tagt in Dortmund ein Kongress der selbständig Schaffenden in der SPD. Von Fachleuten wird, rückblickend und in die Zukunft weisend, untersucht, welche Massnahmen zur Förderung der selbständig Schaffenden notwendig sind. Hierbei kommen natürlich auch alle jene sozialdemokratischen Anträge zur Sprache, die von der Bundestagsmehrheit (CDU/CSU) immer wieder abgelehnt wurden. Da Adenauers Mannen fürchten, dass die öffentliche Diskussion hierüber weitergeht und besonders in den interessierten Kreisen zu Kritiken an der CDU/CSU-Regierung führt, muss man sich von dieser Seite etwas einfallen lassen.

Deshalb wird jetzt -zu Beginn des SPD-Kongresses in Dortmund- von der Regierung ein "Mittelstandsbericht" herausgegeben, der die Öffentlichkeit an die Leistungen der Regierung Adenauer für die selbständig Schaffenden erinnern soll. Die Sache hat aber einen Pferdefuss. Denn nicht nur zwischen den Zeilen dieses Berichtes wird zugegeben, dass die mittelstandspolitischen Ziele, die in der Regierungserklärung vom 29. Oktober 1957 dargelegt wurden, keineswegs erfüllt sind; es wird vielmehr darauf vertröstet, man werde "in Zukunft" einiges mehr tun.

Wie sehr der CDU/CSU die Dortmunder SPD-Tagung im Magen liegt, geht auch aus einer Ankündigung des "Unterausschuss Eigentum und Eigentumsbildung der CDU/CSU" hervor, der feierlich versicherte, er werde "in den kommenden Monaten" weitere Vorschläge zur Förderung der Eigentumsbildung ausarbeiten und hierbei auch u.a. die Belange des Mittelstandes berücksichtigen.

Bei gleicher Gelegenheit wird kühn daran erinnert, was man schon früher für den Mittelstand angeblich getan habe, wobei man selbstverständlich die Tatsache verschweigt, dass die meisten Gesetzverbesserungen nur auf Initiative der SPD und nach harten Auseinandersetzungen im Bundestag zustande gekommen sind.

Wir würden uns nicht wundern, wenn die CDU/CSU noch kurz vor der Wahl ein Paket von Stützungsmaßnahmen für die selbständig Schaffenden auf den Tisch des Hauses legte, um darn, mit entsprechenden Flugblättern bewaffnet, die Mittelstandsorganisationen von der Qualität der Kanzlerpartei zu überzeugen versuchte.

Das ist alles "wie gehabt". Natürlich freuen wir uns auch darüber, wenn sich die CDU/CSU anstrengt. Doch bleibt bei allen diesen "Aktionen" kurz vor dem Wahltermin stets die Frage offen, warum denn diese Partei mit ihrer absoluten Mehrheit nicht schon früher an die Verwirklichung von Wahlversprechungen aus den Jahren 1953 und 1957 gedacht hat.

Zeitenwende am Genfer See

Von unserem nach Evian entsandten Pariser Korrespondenten
Georg Scheuer

Niemand vermag das Ergebnis der französisch-algerischen Konferenz in Evian vorausszusagen, die zu Pfingsten nach monatelangen Vorberatungen begann und über deren Verlauf die beiden Delegationen Stillschweigen wahren. Frankreich scheint es eilig zu haben und hofft, durch die einseitige Feuereinstellung die Wiederherstellung des Friedens zu beschleunigen.

Die FLK hingegen ist weiterhin überzeugt, dass die Zeit für sie arbeitet. Ihr Standpunkt lässt sich in drei Punkten zusammenfassen:

- 1.) Totale Unabhängigkeit, also offensichtlich keine Assoziation mit Frankreich vor Proklamierung der staatlichen Unabhängigkeit.
- 2.) Einheit des algerischen Volkes einschliesslich der dort ansässiger Europäer, soweit sie Bürger der algerischen Republik werden wollen.
- 3.) Integralität des algerischen Territoriums, einschliesslich der Sahara.

Die taktischen Schwachzüge von beiden Seiten werden noch einige Zeit in Anspruch nehmen, ehe die Karten offen auf den Verhandlungstisch gelegt werden. Eines ist aber sicher, die Beziehungen zwischen Frankreich und Algerien und darüber hinaus das Verhältnis zwischen Westeuropa und Afrika, werden nach dieser Konferenz nicht mehr die gleichen sein, wie zuvor. Ebenso wie die Algerienkonferenz in Evian, unterstreicht auch die Laokonferenz in Genf, die Wende zwischen der ablaufenden Epoche des Kolonialismus und der neuen Zeit der jungen Nationalismen.

Schliesslich ist das bevorstehende Treffen zwischen dem amerikanischen Präsidenten Kennedy und dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow in Wien gerade jetzt ein Zeichen dafür, dass die Verhandlungen am Genfer See Stappen einer unaufhaltsamen Entwicklung sind, in der Europa alte Sünden zu bezahlen hat. De Gaulle und Adenauer hatten in Bonn Gelegenheit, sich darüber zu unterhalten, aber nur einer von ihnen wird Kennedy sehen, ehe dieser mit Chruschtschow zusammentrifft. Auch das ist ein Zeichen der Zeit.

Die 5. Republik versucht, dieser Entwicklung gerecht zu werden, in später Stunde Versäumtes nachzuholen, die aus 7-jährigen Krieg entstehende Algerische Republik in westlichen Rahmen zu halten oder wenigstens ihr Abschwenken in das östliche Lager zu verhindern. Die nächste Zukunft wird zeigen, ob diese Bemühungen gelingen und welche Veränderungen Frankreich selbst in Kontakt mit der afrikanischen Umwälzung erfahren wird. Der Kurort Evian ist jedenfalls schon jetzt zu einem bedeutsamen Symbol und einer wichtigen Etappe der afrikanischen Revolution geworden, die in Frankreich ernste Rückwirkungen hat.

Vor Tisch las man's anders

Innenminister Schröder und die Rundfunkräte

sp- Wie gut, dass über die Sitzungen des Bundestages wörtliche Protokolle geführt werden. Da lassen sich jetzt die temperamentvollen Ausführungen, vorgetragen im Brustton einer scheinbar sehr tiefen Überzeugung, des Bundesinnenminister Schröder vom 27. Januar vergangenen Jahres nachlesen.

In dieser ersten Parlamentsdebatte über seinen Rundfunkgesetzentwurf erklärte der Minister, nirgends und niemals wolle er einen staatlichen Einfluss auf den Rundfunk. Darum sei in den Rundfunkräten von "Deutsche Welle" und "Deutschland-Funk" kein Platz für weisungsgebundene aktive Beamte. Die Zeitungen der CDU haben seither in ihrem Kampf gegen die bestehenden neuen Rundfunkanstalten in den Ländern immer wieder mit tönender Pathos beklagt, wie hoffnungslos abhängig diese Anstalten von ihren Landesregierungen seien. Sassen doch dort in den einzelnen Rundfunkräten unter zwanzig oder dreissig Mitgliedern -man bedenke- zuweilen zwei oder sogar drei Minister und Beamte!

Jetzt hat nach langem und unverständlichem Zögern die Bundesregierung ihre Kandidaten für die Rundfunkräte von "Deutsche Welle" und "Deutschland-Funk" benannt. Der erstaunte Zeitgenosse liest diese Liste und traut seinen Augen nicht. Fünf Namen hatte die Regierung für den Rundfunkrat des "Deutschland-Funk", vier für die "Deutsche Welle" zu nennen.

Von diesen neun Herren sind fünf aktive Staatssekretäre; die restlichen vier Beamte in anderen Rängen. Unter neun Kandidaten also neun weisungsgebundene Beamte!

Wie sprach doch Herr Schröder am 27. Januar 1960? "...wir schlagen deshalb Gremien vor, in denen es ... keine weisungsgebunden aktiven Beamten mehr gibt. ...Wir wollen... absolut sichtbar machen..., dass die Rundfunkanstalten, wenn auch durch ein Gesetz geprägt, doch Einrichtungen sein sollen, die stärker in dem freien gesellschaftlichen Raum stehen".

N i c h t s bleibt von dieser schönen Beteuerungen übrig, als es jetzt für die Bundesregierung geht, bei der Besetzung der Rundfunkräte von "Deutsche Welle" und "Deutschland-Funk" die Probe aufs Exempel zu liefern.

* * *

Spekulation mit Beamtenforderungen

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Graf Bobby, die legendäre Wiener Witzfigur, sah einmal einen Briefträger, der sich im Treppenhaus mit umfangreichen Paketen und Briefsendungen schmückte. "Ja, lieber Herr", sprach Graf Bobby mit nadelnd-mitfühlendem Ton zum Briefträger, "warum plagen S'Innen denn so -- schicken'S das doch mit der Post!"

In den letzten Tagen schien es fast so, als würden die Briefträger die Sendungen, die sie zuzustellen haben, "mit der Post schicken", also nicht zustellen, sondern zusammen mit allen übrigen Postbediensteten in den Streik treten. Auch die Beamten der Echeitsverwaltung und schliesslich auch die Eisenbahner bereiteten für den 24. Mai einen Streik vor, wenn bis dahin bezüglich ihrer Gehaltsforderungen keine bindende Zusage der Regierung vorliegt.

Fast fünf Jahre lang haben die öffentlich Bediensteten in Österreich Zurückhaltung und Geduld bewiesen, weil für sie eben niemals Geld vorhanden war. Nunmehr aber war ihre Geduld erschöpft, und damit begann eine überaus kritische Situation mit zeitweise dramatischen Aspekten. Die Gewerkschafter des öffentlichen Dienstes forderten erst 13, dann 16 Prozent Gehaltserhöhung, die Antwort des Bundeskanzlers und des Finanzministers lautete in jedem Fall wie üblich: "Die Staatskassen sind leer!" Damit aber gaben sich die unter der Führung der Sozialisten stehenden Gewerkschaften und mit ihnen der Gewerkschaftsbund nicht zufrieden, sondern drohten mit dem Streik.

Ein solcher Streik von Eisenbahn, Post, Polizei, staatlicher Verwaltung usw. hätte, wie man sich denken kann, schwerwiegende Folgen gehabt. Es wurden daher Verhandlungen aufgenommen. Die sozialistischen Regierungsmitglieder traten für eine weitgehende Erfüllung der Beamtenforderungen ein und verwiesen auf ein diesbezügliches Versprechen in der jüngsten Regierungserklärung. Die ÖVP, die den Bundeskanzler und der Finanzminister stellt, kam in eine recht unangenehme Situation: Die tatsächlich leeren Staatskassen waren eine verhängnisvolle Folge ihrer eigenen vielgerühmten Politik des sogenannten "Raab-Kamitz-Kurses", und die Forderungen der rd 270.000 Beamten hätten sie auch diesmal am liebsten wieder zur Gänze abgelehnt. Sie konnte das jedoch nicht

tun, weil sich unter den Beamten viele Mitglieder, Anhänger und Wähler der ÖVP befinden. So begann sie ein verzweifelttes Spiel der Doppelzüngigkeit, indem sie auf der einen Seite die Forderungen als berechtigt "anerkannte", deren Erfüllung aber auf der anderen Seite von "Bedeckungsvorschlägen" abhängig machte.

Aus diesem Dilemma rettete sie ein geschickter Schachzug: Sie boten erst sieben, dann neun Prozent, aber unter der Bedingung, dass ein Teil der verstaatlichten Betriebe in Form von Volksaktien reprivatisiert werde, wobei die Erträge des Volksaktienverkaufs zur Abgeltung der Gehaltserhöhungen verwendet werden sollte. Laufende Ausgaben und Verpflichtungen durch das Aufzehren der Substanz zu bestreiten -- das ist eine Finanzpolitik von Bankrotteuren! Dagegen haben sich die Sozialisten naturgemäss mit allem Nachdruck verwahrt.

Auf diese Weise aber wollte nun die ÖVP die Sozialisten für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich machen. Sie spekulierte auf die Gleichgültigkeit vieler Menschen bezüglich der Konsequenzen einer teilweisen Reprivatisierung, wenn nur eine akute kritische Situation mit all ihren schwerwiegenden Folgen und Gefahren, wie sie der angekündigte Streik nach sich gezogen hätte, beseitigt worden wäre. Dahinter stand dann noch eine weitgehende Spekulation der ÖVP:

Kommt es, so sagten sich einige führende Parteistrategen, in dieser Frage zu keiner Einigung, so ist eine Regierungskrise unvermeidlich und diese öffnet uns den Weg zur Alleinherrschaft. Die Koalition ist nämlich den Drahtziehern der ÖVP verhasst, weil sie in erster Linie der arbeitenden Bevölkerung Vorteile gebracht hat. Andererseits haben mehrere Rundfragen ergeben, dass ungefähr 85 Prozent der österreichischen Bevölkerung für die Fortsetzung der Koalition eintreten. Deshalb sollten die Auseinandersetzungen über die Erhöhung der Beamtengehälter dazu dienen, die Koalition zu sprengen und gleichzeitig die Sozialisten daran schuldig werden zu lassen.

Letzten Endes aber siegte doch wieder die Vernunft. Wenige Tage vor dem Gipfeltreffen Kennedys und Chruschtschows in Wien konnte man das öffentliche Leben nicht lahmlegen lassen. So einigte man sich schliesslich im Sinne der Vorschläge der Sozialisten und erfüllte die Forderungen der öffentlich Bediensteten, ohne Staatsagentur zu verschleudern.

Brutstätte des Antisemitismus

W.F. - Der § 9 Abs. 2 des Grundgesetzes bestimmt, dass Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeiten den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmässige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, verboten sind. Seit dem 25. Mai fällt unter diese Bestimmung auch der "Bund für Gotterkenntnis (B) e.V.", nachdem die Innenminister der Länder in einer gemeinsamen Aktion den Bund als verfassungsfeindlich verboten und die Auflösung angeordnet hatten. Unter das Verbot fällt ferner der Verlag "Hohe Warte" in Pöhl/Obb., der seit 1949 besteht und mit seinem Inhaber, dem Freiherrn Franz Karg zu Bebenburg, die geistige Zentrale der gesagten Ludendorff-Bewegung darstellte. Das umfangreiche Schriftmaterial, das bei zahlreichen Hausdurchsuchungen sichergestellt wurde, verfällt der Beschlagnahme; gleichzeitig wurde verfügt, dass Nachfolge- und Ersatzorganisationen nicht gebildet werden dürfen. Verhaftungen wurden indessen nicht vorgenommen.

Dazu war ein aktueller Anlass allerdings auch nicht gegeben. Die Anhänger des früheren Generals Erich Ludendorff sind ideologisch überkommene Geister, nicht aber Terroristen und Strassenkämpfer. Ihr Kampf gegen die "überstaatlichen Mächte" - worunter die Kirchen, Kommunisten, Sozialisten und Juden verstanden werden - wird in Wort und Schrift, aber nicht in SA-Manier mit dem Schulterriemen, geführt. Aber darin bestand auch die Gefahr der Ludendorffer, dass sie nämlich in ihren fanatischen Rädern die Hirne jener Schläger vergiften, die dann zur Aktion schreiten. Auch während der Weimarer Republik war es so. Es nützte nichts, dass sich Frau Ludendorff von dem ertötlichen Auswüchsen des Antisemitismus distanzierte, die auf das Konto des Nationalsozialismus fallen. Sie ist nicht davon freizusprechen, dazu beigetragen zu haben, die geistigen Voraussetzungen im deutschen Volk zu schaffen, die zu den von vielen nicht gewollten Folgen führten.

In den vergangenen Jahren führten die Ludendorff-Anhänger ihre Angriffe gegen die "Bibelgläubigen" und Juden nicht mit der früheren Offenheit; darauf beriefen sie sich selbst bei jeder Gelegenheit. Bemerkenswerterweise standen dennoch vergleichsweise mehr Ludendorff-Anhänger wegen Antisemitismus vor Gericht, als irgendeiner anderen politisch-ideologischen Richtung. Selbst der Verleger von Bebenburg musste sich vor Jahresfrist wegen des Abdrucks eines unglaublichen beleidigenden antisemitischen Artikels aus der Feder des berückichtigten Goebbels- und Antisemiten-Propagandisten von Leers verantworten, in dem es hiess, Juden terrorisierten das rechtslos gemachte deutsche Volk in Berlin, die Juden bekämen die schönsten Wohnungen und Geschäfte - für die Deutschen sei hingegen nichts da. Das Ganze renne dann die freie Welt. Die spätere Ehrenerklärung für die Angegriffenen nützte den Verleger nichts; er erhielt zwei Monate mit Bewährung und musste 1500,- DM Geldstrafe zahlen. Damit kam er jedoch besser weg als sein mitfunktionär Götzke aus Hannover, der ein anti-jüdisches Hetzflugblatt in 10 000 Exemplaren in der Bundesrepublik verbreitet hatte und zu neun Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt wurde. Es gibt weitere Beispiele für antisemitische Äusserungen von Ludendorff-Anhängern.

Wenn das ideologische Gift der Ludendorffer künftig nicht mehr zentral in die Kanäle des latenten deutschen Antisemitismus fliessen kann, so ist das im Interesse einer friedlichen demokratischen Entwicklung in der Bundesrepublik nur zu begrüßen. Vielleicht ist die Entscheidung der Innenminister auch geeignet, den Dutzender Bürgern die Augen zu öffnen, die eine unscheinend lokalpatriotischen Gründen kürzlich eine Strasse nach dem unglückseligen General Ludendorff benennen wollten, obwohl er 1923 gegen Hitler zur Feldherrnhalle marschierte, mit dem Ziel, die legale bayerische Regierung zu stürzen. + + +

Buchbesprechung:

Hellmut Kalbitzer: Entwicklungsländer und Weltmächte

Der Verfasser dieses Werkes ist einer der berufensten, wenn nicht der berufenste Fachmann auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe. Er hat als erster deutscher Politiker schon im Jahre 1955 vor dem Europarat die Frage eines deutschen Beitrags zur Entwicklungshilfe gestellt. Seit jener Zeit hat er sich ständig mit dem Problem der unterentwickelten Länder beschäftigt und die komplizierten und vielschichtigen Fragen der Entwicklungspolitik auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet gründlichst auch an Ort und Stelle studiert.

Hellmut Kalbitzer ist Experte der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion für Fragen der Entwicklungsländer, Vizepräsident des Europäischen Parlaments in Strassburg und stellvertretender Vorsitzender der Gesellschaft "Weltweite Partnerschaft", in der die Entwicklungshilfemaßnahmen der deutschen Genossenschaften und der Gewerkschaften zusammengefasst werden.

Die Untersuchung beginnt mit einer Schilderung der ökonomischen, politischen und sozialen Situation in den Entwicklungsländern und zeigt, wie das ständig zunehmende Gefälle zwischen den Industrienationen der westlichen Welt und den unterentwickelten Ländern vernünftige und unmittelbare Hilfe immer mehr zu einer Sache unseres Selbstinteresses macht. Der Verfasser zeigt durch einen historischen Rückblick auf die Entwicklung der Beziehungen zwischen den alten imperialistischen Ländern und den früheren kolonialen und halbkolonialen Ländern, wie sehr der Westen durch Unterlassungen und Fehler die Schuld an der Armut und der Rückständigkeit in weiter aussereuropäischen Gebieten trägt, so dass die heute geforderte Hilfe ein Anspruch der Völker geworden ist, die sie verlangen.

Nach einer Übersicht über die eingeleiteten und geplanten Hilfemaßnahmen versucht Kalbitzer zu umreißen, was darüber hinaus notwendig ist, und wie sinnvolle Hilfe wirklich aussehen sollte. Wohlgegliedertes und sorgfältig ausgesuchtes Zahlen- und Tabellenmaterial unterstützen die Darstellung und machen den Band zu einem wirklich informativen Handbuch über Entwicklungshilfe, das nicht nur für politische und soziologisch Interessierte, sondern auch für Industrielle und Exporteure, Techniker und Kaufleute wichtig ist.

(Europäische Verlagsanstalt - Frankfurt a.M. - 144 S., mehrfarbiger, kartonierter Glanzfolienband, 6,80 DM) + + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel